

Chronologie

Bettina Reiter

2009

August

02. August

Markt und Wettbewerb: Die Kommission genehmigt die Übernahme von Austrian Airlines durch Lufthansa.

Finanzen und Wachstum: Die Kommission legt einen Bericht vor, in dem sie die Beihilfen der Mitgliedstaaten für den Finanzsektor überprüft und der aufzeigt, wie die Staaten den Finanzsektor mit immensen Summen vor dem Zusammenbruch bewahren.

Finanzen und Wachstum: Die EU lockert ihre Vorgaben an das Haushaltsdefizit nach Lettland nun auch für Rumänien.

18. August

Informationsgesellschaft: Die Kommission kündigt weitere Investitionen von 18 Millionen Euro in die vierte Generation von Wireless-Telekommunikationstechnologien an.

Unternehmen und Beschäftigung: Die Kommission verabschiedet einen Vorschlag zur Bekämpfung von Mehrwertsteuer-Betrugssystemen. Konkretes Ziel ist es, den Zugriff auf Datenbanken der Steuerzahler in der EU und den Informationsaustausch zwischen den Behörden der Mitgliedsländer zu verhindern.

21. August

Informationsgesellschaft: Die EU-Kommission veröffentlicht eine Empfehlung wonach die Mitgliedstaaten Medienerziehung in den verpflichtenden Lehrplan einbeziehen sollen, um EU-Bürger zu unterstützen, aktiver die neuen Medien zu nutzen und das Bewusstsein potentieller Risiken, etwa Störung der Privatsphäre oder versteckte Werbung, zu stärken.

22. August

Klimawandel: Die EU-Kommission veröffentlicht eine Liste von fast 4000 kommerziellen Transportunternehmen, die im EU-Emissionshandelssystem 2012 teilnehmen werden.

25. August

Sport: Die EU-Kommission beschließt eine Überprüfung der diskriminierenden Bestimmungen von Sportverbänden gegenüber Angehörigen von Nicht EU-Mitgliedstaaten durchzuführen. Entsprechende Empfehlungen sollen bis Ende 2010 vorliegen.

31. August

Finanzdienstleistungen: Der Staats- und Regierungschefs der EU verhandeln über die Regulierung des Bankensektors und erwägen auf dem G20-Gipfel die Macht der Banken zu überprüfen und für Grenzen zu Bonuszahlungen einzutreten.

September

01. September

Soziales Europa: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Vorschlag, wonach sie die EU-Mitgliedstaaten darauf verpflichten sollten eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen jedes Jahr aufzunehmen. Damit sollen Malta, Italien und Spanien entlastet werden, da die meisten illegalen Einwanderer zunächst dort den europäischen Boden betreten.

Prioritäten der EU: José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, legt seine Strategie um die EU in seiner nächsten Amtsperiode aus der Rezession zu holen, vor.

02. September

Finanzdienstleistungen: Der Rat der Finanzminister bestätigt, dass es an der Zeit wäre die Kultur der Banker Boni zu verändern.

Soziales Europa: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Vorschlag für ein gemeinsames EU-Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen. Ziel ist es, den derzeit äußerst geringen Anteil der EU an der globalen Last zu erhöhen und damit auch die Zahl der illegalen Einwanderer zu verringern.

03. September

Prioritäten der EU: José Manuel Barroso veröffentlicht ein 41-seitiges Dokument, mit dem er die parlamentarische Unterstützung für eine neue Amtszeit als Präsident der Europäischen Kommission zu gewinnen versucht. Dieses Dokument steht von der Länge und dem Inhalt her im Gegensatz zu dem Brief, mit dem es ihm gelang den Segen der Staats- und Regierungschefs zu bekommen.

Finanzdienstleistungen: Die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs veröffentlichen eine gemeinsame Position, in der sie zum Ausdruck bringen, dass sie weiterhin im Finanzsektor reagieren werden. Zudem fordern sie verbindliche Regeln für Boni der Banker. Ziel dessen ist es, eine starke gemeinsame Botschaft hinsichtlich internationaler Vereinbarungen zu senden.

04. September

Handel und Industrie: Die WTO stellt einen mehr als 1000-seitigen Brief vor, in dem es um möglicherweise rechtswidrige Subventionen der EU für Airbus geht.

04. – 05. September

Finanzdienstleistungen: Die EU-Finanzminister verteidigen beim G20-Treffen die weltweiten Basel-II-Kapitalregeln für Banken, obwohl die USA die Einführung einer neuen, härteren Regelung innerhalb von drei Jahren verlangt.

Klimawandel: Die EU-Finanzminister schaffen es aufgrund von Meinungsunterschieden nicht Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels festzulegen. Zudem kommen Bedenken über die Bemühungen der UN ein neues Klimaprotokoll zu beschließen auf.

07. September

Landwirtschaft und Lebensmittel: 16 EU-Mitgliedstaaten unterstützen eine französisch-deutsche Initiative um Milcherzeugern zu helfen. In einer gemeinsamen Erklärung argumentieren die 16 Staaten, dass eine neue europäische Milchverordnung notwendig sei, um die Landwirte nicht den Kräften des Marktes zu überlassen.

08. September

Klimawandel: Die EU-Kommission veröffentlicht ein Entwurfspapier wonach die EU bis zu 30% der Finanzierung des Klimaschutzübereinkommens übernehmen will. Damit soll der bisherige Stillstand in den Verhandlungen überwunden werden.

Innovation und Kreativität: EU-Medienkommissarin Viviane Reding und Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, wonach der private Sektor bei der Digitalisierung von Büchern unterstützt werden soll.

Vertrag und Institutionen der EU: Der deutsche Bundestag stimmt positiv über den Vertrag von Lissabon ab.

09. September

Klimawandel: Die EU-Kommission verringert den Anteil ihrer Finanzierung am Klimaschutzübereinkommen. Zunächst war geplant den ärmeren Ländern zu helfen, nun sollen die Entwicklungsländer ihre eigenen Beiträge zu dem Kyoto-Nachfolgeprogramm aufbringen.

Vertrag und Institutionen: Die Sozialisten im EU-Parlament verkünden, dass sie die Kandidatur José Manuel Barrosos nur unterstützen werden, wenn auch die im Lissabon-Vertrag vorgesehene Position des Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen wird. Die liberale Partei hingegen unterstützt die Verlängerung der Amtszeit José Manuel Barrosos als Kommissionspräsident. Die Grünen sind gegen die Kandidatur des ehemaligen portugiesischen Premierministers.

10. September

Verbraucher: Die EU-Kommission veröffentlicht eine Umfrage, die feststellt, dass mehr als die Hälfte aller europäischen Elektronik-Onlineshops die EU-Vorschriften nicht beachten. Stattdessen geben diese

Online-Händler falsche oder irreführende Informationen zu Preisen, Verbraucherrechten oder Verkäuferadressen an.

Erweiterung: Die EU-Kommission gibt der neuen bulgarischen Regierung einen sechsmonatigen „Kredit des Vertrauens“. Zudem gibt sie nochmals 300 Millionen Euro zur Stilllegung der vier Teile des Kernkraftwerkes Kozloduy frei.

Finanzdienstleistungen: Die EU-Kommission legt einen Plan für den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) vor, der die gleichen Regeln und Standards für elektronische Zahlungen festlegt.

Vertrag und Institutionen: Es zeichnet sich ab, dass José Manuel Barroso die Unterstützung des Parlamentes für eine zweite Amtszeit bekommen wird. Sozialisten und Grüne sind jedoch gegen seine Ernennung, daher wird es keine „pro-europäische Mehrheit“ hinter ihm geben.

Klimawandel: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Plan, wonach die EU 2-5 Milliarden Euro pro Jahr anbieten könnte, um den Entwicklungsländern bei der Bekämpfung des Klimawandels und dessen Folgen zu helfen

14. September

Wirtschaft und Euro: Die EU-Kommission veröffentlicht eine Zwischenprognose wonach die Euro-Zone die Rezession beinahe überwunden hat. Trotzdem kommt es 2009 immer noch zu einem Wirtschaftsrückgang von 4 Prozent.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel fordert die EU-Mitgliedsstaaten auf, bis Ende 2009 entsprechende Regelungen aufzustellen um die Einfuhr von Sojabohnen aus den USA zu erneuern und eine ausreichende Versorgung mit Futtermitteln zu sichern.

15. September

Innovation und Kreativität: Im Rahmen der „Innovative Medicines Initiative (IMI)“ beschließt die EU-Kommission zusätzlich 156,3 Millionen zu investieren, um die Entdeckung und Entwicklung neuer Medikamente zu beschleunigen.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel fordert die europäischen Landwirte dazu auf, landwirtschaftliche Treibhausgas-Emissionen um mindestens 20% bis 2020 kürzen. Dies soll vor allem durch die Produktion von Biomasse und Speicherung von Kohlenstoff im Boden erfolgen.

Gesundheit und Lebensstil: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Vorschlag, wonach die existierenden H1N1 Impfstoffvorräte an jene EU-Mitgliedsländer verteilt werden sollen, die bisher noch nicht genügend Impfstoff besitzen.

16. September

Vertrag und Institutionen: Das EU-Parlament bestätigt José Manuel Barroso als Präsident der Europäischen Kommission in seiner zweiten Amtszeit. In einer geheimen Abstimmung stimmten 382 Abgeordnete für Barroso. 219 Abgeordnete stimmten gegen Barroso und 117 enthielten sich ihrer Stimme. Insgesamt nahmen 718 von 736 Abgeordneten an der Abstimmung teil.

Energieversorgung: Das EU-Parlament nimmt eine Resolution an, in der die Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie zur Sicherheit der Gasversorgung aufgefordert wird. Insbesondere wird gefordert, die Frühwarnmechanismen die während der Gasversorgungskrise im Januar versagten, zu verstärken.

17. September

Finanzdienstleistungen: Die EU Staats- und Regierungschefs nehmen im Rahmen eines außerordentlichen Gipfels ein Entwurfspapier an, wonach die G20 Länder dazu aufgefordert werden, verbindliche Vorschriften für die Boni-Strukturen im Finanzsektor einzuführen. Die Höhe der Boni soll in direktem Verhältnis zur langfristigen Arbeitsleistung stehen.

Wissenschaft und Forschung: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Entwurf, wonach sich die Priorität der EU die Führung in grüner Technologie zu übernehmen, auf die Entwicklung eines Netzwerkes von „intelligenten Städten“ konzentrieren wird.

Wirtschaft und Euro: Die Staats- und Regierungschefs der EU lehnen die Aufforderung der USA, ihre Rolle im Vorstand des Internationalen Währungsfond (IWF) zu verringern, ab. Zudem bestätigen sie, dass die EU dem IWF zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen wird.

17. – 18. September

Klima und Umwelt: Die 27 EU-Minister, Vertreter der Kommission und des Parlamentes sowie der Europäischen Investitionsbank besprechen die Ostsee-Strategie der Union. Die Strategie wird dabei als möglicher Plan für die Koordinierung der EU-Politik und die Finanzierung ähnlicher Regionen gefeiert.

18. September

Finanzdienstleistungen: Die Staats- und Regierungschefs der EU zeigen sich interessiert an der globalen Besteuerung von Finanztransaktionen, der so genannten Tobin-Steuer. Damit könnte armen Ländern geholfen werden.

19. September

Prioritäten der EU: José Manuel Barroso übernimmt die Kontrolle über das Vorhaben der EU die Bürokratie um 25% zu reduzieren.

Sprachen und Kultur: Die EU-Kommission kündigt an, die europäische Kinoindustrie mit 5 Milliarden Euro zu unterstützen, um Kooperationen mit Filmemachern in dritten Ländern zu ermöglichen.

22. September

Finanzdienstleistungen: Die EU-Kommission veröffentlicht heute den EU-Finanzbericht 2009, wonach der EU-Haushalt stabil blieb ohne Erhöhung der finanziellen Belastung für die Mitgliedsstaaten, obwohl das Jahr durch außergewöhnliche wirtschaftliche Turbulenzen gekennzeichnet war.

23. September

Finanzdienstleistungen: Die EU-Kommission präsentiert einen neuen Vorschlag zur Finanzaufsicht, einschließlich der Schaffung von drei neuen EU-Gremien für den Bankensektor. Andere G20-Länder werden aufgefordert dem Beispiel der EU zu folgen und ein globales Aufsichtssystem zu schaffen.

27. September

Wahlen: Bei den Wahlen in Portugal wird der sozialistische Ministerpräsident José Socrates für eine zweite Amtszeit bestätigt.

Wahlen: Bei den Bundestagswahlen in Deutschland zeichnet sich eine Mehrheit für eine christdemokratisch-liberale Koalition ab. Damit wird Angela Merkel als Bundeskanzlerin bestätigt.

28. September

Informationsgesellschaft: Die EU-Kommission verabschiedet eine Verordnung, in der neue Lautstärke-Standards für persönliche Musikgeräte, etwa iPods, festgelegt werden. Ziel ist es, die Gefahr von dauerhaften Hörschäden infolge regelmäßigen Gebrauchs zu vermeiden.

Klimawandel: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie zur Energiebesteuerung. Darin wird eine Einführung einer EU-weiten Steuer auf CO₂-Emissionen in Sektoren wie Transport und Landwirtschaft, die derzeit nicht durch das Handelssystem für Kohlendioxid abgedeckt werden, erwogen.

Klimawandel: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Vorschlag zur Bekämpfung des Mehrwertsteuer-Betruges im Emissionshandel. Der Vorschlag beinhaltet eine fakultative befristete Anwendung des Reverse Charge-Verfahrens auf Lieferungen bestimmter Gegenstände und Dienstleistungen, damit die Mitgliedsstaaten in der gesamten EU einheitlich gegen Karussellbetrug vorgehen können.

30. September

Verkehr und Dienstleistungen: Die EU-Kommission legt einen Aktionsplan zur städtischen Mobilität vor. Ziel ist es, lokalen und nationalen Autoritäten zu helfen städtisches Reisen „leichter, umweltfreundlicher und besser“ zu organisieren.

Oktober

01. Oktober

Klimawandel: Die EU-Kommission schlägt sechs Carbon Capture and Storage (CCS) Projekte vor, die mit insgesamt 1,05 Milliarden Euro gefördert werden sollen. Die ausgewählten Projekte erhalten EU-Gelder zur Entwicklung von Technologien, mit denen der CO₂-Ausstoß von Kraftwerken und Verbrennungsanlagen verringert werden soll.

02. Oktober

Wahlen: In Irland wird zum zweiten Mal über den EU-Reformvertrag von Lissabon abgestimmt. 67% der Wähler stimmen für den Vertrag. Die Wahlbeteiligung liegt bei 58%.

Wirtschaft und Euro: Die EU-Kommission legt eine koordinierte Auswegsstrategie aus expansiven Konjunkturpaketen fest. Diese besteht aus einem „rechtzeitigen“ Rückzug struktureller und fiskalischer Konsolidierung bei oder über 0,5% pro Jahr, Arbeitsmarktreformen, der Förderung von langfristigen Investitionen und der Stärkung der nationalen Haushaltsrahmen.

Energieeffizienz: Das EU-Parlament und der Rat kommen überein, dass alle neuen Reifen künftig mit einem Etikett versehen werden sollen, welches Auskunft über die Kraftstoffeffizienz, Nasshaftung und Lärmwerte in drei Jahren gibt.

04. Oktober

Wahlen: Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Griechenland gewinnen die Sozialisten mit knapp 44 Prozent der Stimmen. Damit löst George Papandreou, Chef der sozialistischen PASOK, den bisherigen konservativen Regierungschef Kostas Karamanlis ab.

05. Oktober

Markt und Wettbewerb: Der Rat der EU-Agrarminister beschließt, dass der Milchmarkt künftig nicht mehr kurzfristig mit weiteren öffentlichen Zuschüssen gestützt werden soll. Langfristig soll der Milchmarkt neu aufgestellt werden.

06. Oktober

Innovation und Infrastruktur: Die Kommission beschließt die Verwendung von einheitlichen Maut-Bordgeräten indem sie die technischen Anforderungen für den europäischen elektronischen Mautdienst (EETS) festlegt.

Reformen: Das tschechische Verfassungsgericht weist eine Klage gegen das dortige Begleitgesetz zum EU-Reformvertrag ab.

Reformen: Der EU-Justizausschuss kritisiert die Blockadehaltung einiger EU-Staaten für eine verbindliche Flüchtlingspolitik. Deutschland und andere Mitgliedsstaaten weigern sich beharrlich, die Asylverfahren mit einer verbindlichen Quotenregelung auf die EU-Staaten zu verteilen.

07. Oktober

Wirtschaft und Euro: Die EU-Kommission leitet neue Defizitverfahren gegen Deutschland und acht weitere EU-Mitgliedstaaten ein. Darunter sind die Niederlande, Österreich, Italien oder Portugal. Insgesamt überschreiten 20 von 27 EU-Staaten 2009 die Defizitgrenze des EU-Stabilitätspaktes.

Energieversorgung: Die EU-Kommission stellt einen Entwurf vor, wonach die Förderungen für die europäische Energieforschung in den nächsten 10 Jahren verdreifacht werden.

08. Oktober

Finanzen und Wachstum: Das EU-Parlament setzt einen Sonderausschuss „Finanz- und Wirtschaftskrise“ (CRIS) ein. 45 Abgeordnete sollen hierbei die Reaktion der EU-Kommission und der Mitgliedsländer auf die Krise bewerten. CRIS erhält die Berechtigung, selbst Maßnahmen vorzuschlagen. Das Mandat läuft zunächst 12 Monate.

Klima und Umwelt: Die EU-Kommission leitet rechtliche Schritte gegen Großbritannien und Spanien aufgrund von unbehandeltem Abwasser ein.

09. Oktober

Energieeffizienz: Die Kommission veröffentlicht eine Empfehlung wonach die Mitgliedstaaten die Einführung von Technologien zu unterstützen sollen, welche die Energieeffizienz verbessern.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Rat der EU-Verkehrsminister einigt sich darauf, die Kommissionsmitteilung zur zukünftigen EU-Verkehrspolitik umzusetzen, verweist jedoch auf die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise und schlägt vor, die Passagiere stärker für die Nutzung der Infrastruktur zahlen zu lassen.

13. Oktober

Informationsgesellschaft: Die EU-Kommission und die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten einigen sich auf einen neuen Text zu den Rechten von Internetnutzern.

14. Oktober

Wirtschaft und Euro: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, in dem sie die Mitgliedstaaten auffordert eine Exit-Strategie aus der Verschuldung bereit zu halten, da diese durch eine zunehmend alternde Bevölkerung und einer Verschlechterung der Staatskonten doppelt belastet sind.

Erweiterung: Die Kommission veröffentlicht eine aktuelle Erweiterungsstrategie. Demnach findet der Erweiterungsprozess vor dem Hintergrund einer tiefen und weitgreifenden Rezession in der EU und den Kandidatenländern statt.

15. Oktober

Handel und Industrie: Die EU und Südkorea unterzeichnen einen Handelsvertrag im Wert von bis zu \$ 149 Milliarden.

19. Oktober

Landwirtschaft und Lebensmittel: Nach einem Treffen der EU-Agrarminister veröffentlicht die Kommission einen Vorschlag, wonach den Milchbauern zusätzlich 280 Millionen Euro als Hilfe zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig betont die Kommission, dass dies auf absehbare Zeit das letzte Mal sei, dass es Hilfe für den Agrarsektor gebe.

Informationsgesellschaft: Die Kommission veröffentlicht eine Mitteilung, in der sie ankündigt „einfache und kostengünstige Rechtssysteme“ zur Klärung der Digitalisierung der Werke und ihrer Verfügbarkeit über das Internet bereitzustellen.

20. Oktober

Landwirtschaft und Lebensmittel: Der Rat der EU-Fischereiminister beschließt ein hartes Vorgehen gegen Überfischung. Fischer sollen für jeden Verstoß gegen Regeln oder Quoten Punkte auf ihre Fischfanglizenzen bekommen und gegebenenfalls vom Fischfang ausgeschlossen werden.

21. Oktober

Klima und Umwelt: Der Rat der Umweltminister fordert die Kommission dazu auf, robuste Indikatoren zu entwickeln um die Fortschritte der EU hin zu einer „öko-effizienten“ Wirtschaft zu messen.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission leitet ein Konsultationsverfahren zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für europäische Banken und zur Lastenverteilung zukünftiger Krisen ein.

Klimawandel: Die Umweltminister der EU legen Emissionsziele für Schiffe und Flugzeuge fest. Dies soll als Grundlage für den Klimagipfel in Kopenhagen dienen. Ziel ist es, eine 10% Verringerung der Emissionen im Luftverkehr und eine 20% Verringerung der Emissionen im maritimen Sektor bis 2020 zu erreichen.

22. Oktober

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission unterzeichnet 18 neue Verträge für Transportinfrastruktur-Projekte. Der Großteil der 260 Millionen Euro geht an die alten EU-Staaten in Westeuropa.

Vertrag und Institutionen: Das Parlament nimmt eine Resolution zur Ausgestaltung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) an.

23. Oktober

Informationsgesellschaft: Das Parlament beschließt Änderungen am Telekom-Paket. Demnach könnten Internetnutzer, die in Verdacht stehen Copyright-Gesetze zu missachten, ohne Gerichtsbeschluss mit einer Sperrung ihrer Verbindung oder anderen administrative Verfahren bestraft werden.

Prioritäten der EU: Die EU-Kommission veröffentlicht ein Entwurfspapier, wonach die Mitgliedstaaten, die von der Umverteilungspolitik profitieren, wie z.B. die osteuropäischen Länder, mehr in den EU-Haushalt einzahlen sollen.

Sport: Das EU-Parlament beschließt Änderungen am Haushaltsentwurf 2010 und fügt 3 Millionen Euro für Sportprojekte hinzu.

Sprachen und Kultur: Die EU-Justizminister beschließen eine Verordnung, wonach Menschen, die in europäischen Strafverfahren außerhalb ihres Heimatlandes angeklagt sind, kostenlose Dolmetschdienste und Übersetzungen der Verfahrensunterlagen in ihre Muttersprache erhalten sollen.

28. Oktober

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission legt einen Entwurf für eine Verordnung vor, in der sie CO₂-Emissionen verringern will. Darin macht sie bedeutende Zugeständnisse bei der Einführung von rechtlich bindenden CO₂-Kürzungen für neue Lieferwagen und Kleinbusse.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die EU-Kommission beginnt eine Untersuchung der Nahrungsmittelproduktion bezüglich ungerechter Vertragsbedingungen, die Kleinbauern von großen Handelsketten und anderen Käufern aufgezwungen werden.

29. Oktober

Vertrag und Institutionen: Die Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich auf Garantien, die der Tschechischen Republik angeboten werden sollen, um die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon abzuschließen.

November

03. November

Klimawandel: Auf dem Gipfel der EU und der USA in Washington geht es insbesondere um die Vorbereitung der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen.

Vertrag und Institutionen: Der tschechische Ministerpräsident Václav Klaus unterzeichnet als letzter den Vertrag von Lissabon.

Wirtschaft und Euro: Die Kommission veröffentlicht eine Prognose, wonach sich die europäische Wirtschaft 2010 von der Konjunkturkrise erholen wird. Damit macht sie den Weg frei für deutliche Einschnitte in den Haushaltsdefiziten der 27 EU-Länder spätestens von 2011 an.

04. November

Klimawandel: Die EU und die USA halten das erste Treffen des neuen transatlantischen Energierats ab. Auf das Forum für die Zusammenarbeit in Energiefragen hatten sich zuvor US-Präsident Barack Obama und die EU-Energieminister geeinigt.

10. November

Finanzdienstleistungen: Die EU-Finanzminister einigen sich vorläufig darauf, die Geldmenge die Banken halten müssen stark zu erhöhen, um risikoreiche Handelsaktivitäten auszugleichen.

11. November

Vertrag und Institutionen: Die EU-Kommission leitet ein Konsultationsverfahren ein, bei dem sie zu Empfehlungen für die Umsetzung des Europäischen Bürgerbegehrens aufruft.

Wirtschaft und Euro: Die EU-Kommission setzt 13 Mitgliedstaaten Fristen zwischen 2012 und 2014/15, um ihre Haushaltsdefizite auf unter 3% des BIP zu senken.

12. November

Klimawandel: Die Kommission veröffentlicht Schätzungen, wonach die EU ihr Ziel der Emissionsreduzierung unter dem Kyoto-Protokoll übererfüllen wird.

16. November

Energieversorgung: Die EU und Russland einigen sich auf die Errichtung eines Frühwarnmechanismus, um Europa vor möglichen Energielieferungskürzungen zu schützen.

Verkehr und Dienstleistungen: Die EU, die USA und sechs weitere Staaten stimmen einer „Agenda für Freiheit“ für Airlines zu. Damit steht den Airlines künftig frei sich zusammenzuschließen.

19. November

Vertrag und Institutionen: Bei einem Sondergipfel sprechen sich die EU-Staats- und Regierungschefs einstimmig für den belgischen Ministerpräsidenten Herman Van Rompuy als ersten ständigen EU-Präsidenten und für die derzeitige Handelskommissarin Catherine Ashton als Hohe Vertreterin für Außenbeziehungen aus.

22. November

Wahlen: Bei den Präsidentschaftswahlen in Rumänien gewinnt der Amtsinhaber Traian Basescu den ersten Wahlgang. Daraufhin einigen sich die Sozialisten und die Liberalen auf die Bildung eines Bündnisses, um den Amtsinhaber bei der Stichwahl am 6. Dezember zu übertreffen.

24. November

Informationsgesellschaft: Das Parlament stimmt für das umstrittene Telekom-Paket und macht damit den Weg für Highspeed-Internet in ganz Europa frei.

Prioritäten der EU: Die Kommission eröffnet ein Konsultationsverfahren über ihre Pläne für eine neue 10-Jahresstrategie zur Ersetzung der Lissabon-Agenda für Wachstum und Arbeitsplätze und um Europa bis zum Jahr 2020 zu einem „intelligenteren, grüneren sozialen Markt“ zu machen.

25. November

Soziales Europa: Die EU-Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach die Arbeitslosenquoten innerhalb der EU weiter ansteigen und 2010 die 10%-Marke übertreffen werden.

Klimawandel: Mit Blick auf die Klimakonferenz in Kopenhagen fordert das EU-Parlament ein ehrgeiziges, rechtlich bindendes Abkommen und drängt die EU-Spitzen, 30 Milliarden Euro zur Klimahilfe auf den Verhandlungstisch zu legen.

Energieeffizienz: Das Parlament stimmt als letzte Instanz für eine neue EU-Richtlinie zum Kraftstoffverbrauch bei allen neuen Reifen ab November 2012.

Soziales Europa: Das Parlament stimmt dem Stockholm-Programm zu. Die Vorschläge der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft beinhalten einen nächsten Fünfjahresplan zur Justiz- und Innenpolitik der EU.

27. November

Public Affairs: Die EU-Kulturminister ernennen das Jahr 2011 offiziell zum Europäischen Freiwilligenjahr, nachdem das Europäische Parlament 10 Millionen Euro EU-Gelder für die Initiative gefordert hatte.

Vertrag und Institutionen: EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gibt die Aufstellung der neuen EU-Kommission bekannt.

30. November

Erweiterung: Die Mitgliedstaaten der EU beschließen, dass die Bürger Mazedoniens, Montenegros und Serbiens die meisten Länder Europas ab dem 19. Dezember ohne Visum bereisen dürfen.

Justiz und Inneres: Die Innenminister der EU schließen ein Übergangsabkommen mit den USA ab, mit dem amerikanische Ermittler einen breiten Zugang zu EU-Bankdaten erhalten. Damit übergehen sie die Forderungen des Parlamentes kurz vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon.

Dezember

01. Dezember

Vertrag und Institutionen: Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft und überarbeitet damit die Institutionen der EU.

04. Dezember

Innovation und Kreativität: Die EU-Industrieminister einigen sich auf ein Maßnahmenpaket, das den Weg für ein Europäisches Gemeinschaftspatent freimachen könnte.

06. Dezember

Energieversorgung: Die EU-Energieminister einigen sich darauf, dass die neue EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) ihren Sitz in Ljubljana, Slowenien, haben wird.

07. – 18. Dezember

Klimawandel: In Kopenhagen findet die UN-Klimakonferenz statt. Die Einigung ist aus Sicht der Europäer enttäuschend. Der Abschlusstext sagt lediglich aus, dass tiefe Einschnitte der weltweiten Emissionen „notwendig werden“ und dass die Staaten Maßnahmen ergreifen müssen, um den globalen Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius zu halten. Es wird jedoch weder eine Langzeitperspektive noch ein mittelfristiges Ziel bis 2020 genannt.

08. Dezember

Erweiterung: Die EU-Außenminister verschieben die Entscheidung zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien, nachdem das benachbarte Griechenland einen frühen Start der Verhandlungen ablehnte.

Erweiterung: Die EU-Außenminister geben bekannt, dass das Kapitel „Umwelt“ in den Beitrittsgesprächen mit der Türkei eröffnet werden soll. Aufgrund der mangelnden Fortschritte im Verhältnis zwischen Ankara und Zypern bleiben 8 weitere Kapitel zunächst geschlossen.

09. Dezember

Energieversorgung: Die EU-Kommission billigt eine Reihe von Projekten zu Offshore-Windparks und zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), die mehr als 1,5 Milliarden Euro vom EU-Fonds für den Wirtschaftsaufschwung erhalten.

10 –11. Dezember

Klimawandel: Die Staats- und Regierungschefs versprechen beim EU-Gipfeltreffen rund sechs Milliarden Euro zur Hilfe armer Staaten beim Klimaschutz.

Finanzdienstleistungen: Die Staats- und Regierungschefs diskutieren über Einmalzahlungen von Banker-Boni und drängen den Internationalen Währungsfonds zur Befürwortung einer globalen Transaktionssteuer.

15. Dezember

Klima und Umwelt: Die EU-Agrarminister stimmen für ein Abkommen zur Reduktion der Fischquoten für überfischte Arten und erhöhen gleichzeitig die Quoten für andere Fische, um die Lebensgrundlage der Fischer zu sichern.

Soziales Europa: Die Europäische Kommission veröffentlicht ihren jährlichen Gemeinsamen Beschäftigungsbericht, wonach sich die Arbeitslosigkeit in den 27 EU-Mitgliedstaaten 2010 verschlimmern wird.

16. Dezember

Erweiterung: Die Kommission sendet einen umfangreichen Fragebogen über die Bereitschaft des Landes für den EU-Beitritt an Albanien.

22. Dezember

Klima und Umwelt: Der Rat der Umweltminister fordert die Kommission auf, die gesetzgeberischen EU-Maßnahmen zu überprüfen, um die Gesundheit von Menschen und Tieren vor mehreren Chemikalien zu gewährleisten.

2010

Januar

01. Januar

Prioritäten der EU: Spanien übernimmt die sechsmonatig rotierende EU-Präsidentschaft, kündigt jedoch an, eine Rolle im Hintergrund einnehmen zu wollen. Im Vordergrund sollen Herman Van Rompuy, der erste ständige EU-Präsident, sowie Catherine Ashton, die neue Hohe Vertreterin für Außenbeziehungen stehen. Auf der spanischen Agenda stehen dennoch u.a. die Konsolidierung der europäischen Sozialpolitik, die Förderung eines Europas der Bürger, die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Ziel eines wettbewerbsfähigen Europas.

07. Januar

Wirtschaft und Euro: Ein Untersuchungsausschuss der EU fordert Griechenland dazu auf, einen konkreteren Dreijahresplan zur Stützung der maroden Finanzen des Landes vorzulegen.

11. – 19. Januar

Prioritäten der EU: Im EU-Parlament finden Anhörungen der neuen Kommissare statt, in denen sie ihre jeweiligen Prioritäten vorstellen.

13. Januar

Wirtschaft und Euro: Die EU ergreift rechtliche Schritte gegen Griechenland aufgrund der Anschuldigung, dass die Zahlen über die öffentliche Verschuldung unrealistisch seien und über die wahre Schuldenlast des Landes hinwegtäuschen.

Prioritäten der EU: Die EU-Mitgliedstaaten stimmen zu, dass die spanische EU-Präsidentschaft die Regeln für die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ‚Bürgerinitiative‘ festlegen darf. Die Staaten einigen sich darauf, dass eine Million Unterschriften aus mindestens neun Mitgliedstaaten kommen müssen, um einen Gesetzgebungsprozess anzustoßen.

16. Januar

Klima und Umwelt: Die EU-Umweltminister teilen mit, dass die EU den versprochenen Rückgang der Kohlendioxidemissionen um 20% nur dann auf 30% erhöhen wird, wenn andere Länder eine größere Bereitschaft zum Nachziehen zeigen.

18. Januar

Landwirtschaft und Lebensmittel: Der Rat der EU-Agrarminister stimmt für einen Kommissionsvorschlag, wonach Maßnahmen angestrebt werden sollen, um sicherzustellen, dass alle Teilnehmer der Nahrungsmittelkette, insbesondere die Landwirte, eine angemessene Vergütung für ihre Arbeit erhalten.
Finanzdienstleistungen: Die Kommission stellt einen Vorschlag vor, wonach Clearingstellen in Zukunft eine Genehmigung der Regulierungsbehörden benötigen, um Geschäfte mit bestimmten Derivaten zentral abzuwickeln.

19. Januar

Wirtschaft und Euro: Die Finanzminister der EU setzen Griechenland unter Druck, seinen überdehnten öffentlichen Haushalt in Ordnung zu bringen.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission und die Europäische Zentralbank einigen sich auf ein zwei-jähriges Programm von 2,65 Millionen Euro, um die makro- und mikroprudentielle Aufsicht im westlichen Balkan und in der Türkei zu stärken.

Nachhaltige Entwicklung: Die EU-Kommission stellt politische Handlungsmöglichkeiten für neue Zielsetzungen zum Schutz der Artenvielfalt bis 2020 vor.

21. Januar

Public Affairs: P. Nikiforos Diamandouros wird im Parlament für eine weitere Amtszeit als Europäischer Bürgerbeauftragter wiedergewählt.

Prioritäten der EU: Einige EU-Abgeordnete aus Ländern des Donaubeckens bitten die Kommission um die Annahme einer „Donaustrategie“, die der Ostseestrategie der EU ähneln könnte.

Prioritäten der EU: Spanien, Belgien und Ungarn einigen sich auf ein 18-Monatsprogramm für das ‚Trio‘ der EU-Präsidentschaften. Das Programm entspricht im Wesentlichen dem, das die spanische Präsidentschaft zuvor präsentiert hat.

27. Januar

Landwirtschaft und Lebensmittel: Der Agrarausschuss im EU-Parlament beschließt, dass die EU-Agrarpolitik zur Verlangsamung des Klimawandels beitragen könne, und dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 durch die verstärkte Schaffung von Synergien zwischen der EU-Agar- und Umweltpolitik beim Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft benutzt werden müsse.

Vertrag und Institutionen: Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, stimmt den neuen Bedingungen für die Beziehungen des Europäischen Parlaments zur Kommission zu. Damit erhält das Parlament mehr Befugnisse, um Gesetze zu überprüfen und seine Bedeutung gegenüber den Mitgliedstaaten zu steigern.

Februar

02. Februar

Klima und Umwelt: Die EU-Mitgliedstaaten einigen sich darauf EU-Gelder, die aus dem Emissionshandelssystem (EU ETS) der Union stammen, für die Unterstützung erneuerbarer Energien und neuer Technologien bereitzustellen, mit denen Kohlendioxid gespeichert und unterirdisch gelagert werden kann.

03. Februar

Wirtschaft und Euro: Die EU-Kommission stimmt einem griechischen Plan zu, wonach das Land sein Haushaltsdefizit bis Ende 2012 unter die EU-Obergrenze von 3% des BIP senken will. Zugleich verspricht die Kommission Griechenlands Sparkurs streng zu überwachen.

09. Februar

Vertrag und Institutionen: Das Europäische Parlament stimmt mit großer Mehrheit für die neue von Präsident José Manuel Barroso geführte Europäische Kommission. Damit kann die neue EU-Exekutive ihr Amt antreten.

Informationsgesellschaft: Die europäischen Institutionen starten eine Kampagne, welche die Bevölkerung auf die Gefahren, die soziale Internet-Netzwerke wie Facebook für Minderjährige darstellen, aufmerksam machen soll.

10. Februar

Finanzdienstleistungen: Im EU-Parlament werden Entwürfe präsentiert, die einen einzigen rechtlichen Rahmen für die Finanzaufsicht in der EU vorschlagen.

Erweiterung: Das Europäische Parlament beurteilt die kroatischen und mazedonischen Beitrittsanstrengungen des letzten Jahres insgesamt positiv. Zugleich werden die begrenzten Fortschritte der Türkei bezüglich der Einhaltung der EU-Beitrittskriterien angemerkt.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament und die Kommission erklären, dass erst eine vollständige Bewertung der gesundheitlichen und datenschutzrechtlichen Auswirkungen von Ganzkörperscannern durchgeführt werden muss, bevor die Union eine gemeinsame Haltung zu dieser neuen Technik beschließen kann.

11. Februar

Justiz und Inneres: Das Europäische Parlament stimmt gegen das SWIFT-Übergangsabkommen zwischen der EU und den USA. Das Abkommen hätte die Weiterleitung von Kontodaten europäischer Bürger zur Verhinderung von Terroranschlägen ermöglicht.

Wirtschaft und Euro: Die Staats- und Regierungschefs sprechen ihre Unterstützung für Griechenland aus, schlagen jedoch noch keine konkreten Hilfsmaßnahmen vor, um dem Land bei der Lösung seiner Schuldenkrise zu helfen.

15. Februar

Wirtschaft und Euro: Die Finanzminister der EU erhöhen den Druck auf Griechenland, die geplante Verringerung des Haushaltsdefizits umzusetzen und auf Finanzhilfen der anderen Mitgliedstaaten zu verzichten. Zugleich stimmen sie dafür dem Portugiesen Vitor Constâncio den Posten des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank zu überlassen.

17. Februar

Vertrag und Institutionen der EU: Die EU-Kommission bestätigt die Ernennung des Portugiesen João Vale de Almeida als neuen EU-Botschafter für die USA.

Klima und Umwelt: Vertreter der Mitgliedstaaten stimmen für einen Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der Register, welche die Emissionszertifikate des EU-Handelssystems prüfen. Damit soll die Sicherheit des Systems im Internet erhöht werden.

18. Februar

Informationsgesellschaft: Die EU-Kommission stimmt der Zusammenarbeit von Microsoft und Yahoo! Inc. bei der Suchmaschinenwerbung zu.

20. Februar

Wahlen: Die niederländische Regierungskoalition scheidet, nachdem die beiden größten Parteien sich uneinig darüber waren, ob die 2.000 in Afghanistan stationierten niederländischen Soldaten dieses Jahr abgezogen werden sollten.

22. Februar

Klima und Umwelt: Die Kommission veröffentlicht einen Vorschlag, wonach die EU für ein beispielloses internationales Handelsverbot des vom Aussterben bedrohten roten Thunfisches eintreten sollte.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die EU-Landwirtschaftsminister stimmen überein, dass neue Maßnahmen nötig sind, um Preisschwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu reduzieren.

23. Februar

Soziales Europa: Der Ausschuss zur Rechte der Frau nimmt einen Bericht an, wonach die Mindestdauer des Mutterschaftsurlaubs in der EU auf 20 Wochen erhöht werden soll.

Informationsgesellschaft: Die Europäische Kommission fordert Google auf, zu neuen kartellrechtlichen Vorwürfen Stellung zu beziehen. Werbung der Konkurrenz soll auf der Seite versteckt und für den Nutzer kaum sichtbar platziert gewesen sein.

Klima und Umwelt: Der Umweltausschuss des EU-Parlaments fordert die Kommission auf, Listen der Mitgliedstaaten zu verteilen, welche die EU-Gesetzgebung zu Abfall, Wasser und Umweltschutz nicht ausreichend umsetzen.

24. Februar

Erweiterung: Die Kommission empfiehlt offiziell die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit Island.

25. Februar

Energieversorgung: Die Kommission schließt verbindliche europaweite Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse aus und empfiehlt stattdessen nationale Maßnahmen der Mitgliedstaaten.

Energieversorgung: Das EU-Parlament verabschiedet den Entwurf einer Verordnung, welche die Kommission dazu befähigt, mehr Informationen über geplante Großprojekte im Bereich Energie in den Mitgliedstaaten einzuholen.

März

01. März

Informationsgesellschaft: Die EU legt Preisregeln für das Internet-Roaming fest.

Wirtschaft und Euro: Die Kommission drängt Griechenland neue Sparpläne zum Abbau der Schulden zu beschließen.

Nachhaltige Entwicklung: Die Kommission leitet eine Befragung von Interessensgruppen ein, um herauszufinden, ob die EU Schritte zum Schutz der Wälder einleiten soll.

Unternehmen und Beschäftigung: Die Industrieminister der EU beginnen damit, neue Pläne für die EU-Industriepolitik auszuarbeiten. Insbesondere soll eine Ausgangsstrategie aus der Wirtschaftskrise gefunden werden.

02. März

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission erlaubt den Anbau einer genmodifizierten Kartoffelsorte in der Europäischen Union.

Informationsgesellschaft: Die Kommission leitet ein Anhörungsverfahren zu der Frage, ob das Geld für schnelleres Internet aus öffentlichen Mitteln oder von der Industrie kommen soll, ein.

03. März

Prioritäten der EU: Die Kommission stellt den Zehnjahresplan für grünes Wachstum und Beschäftigung in Europa vor. Darin enthalten sind Ziele für Bildung, Forschung und Entwicklung, Armutsbekämpfung.

Wirtschaft und Euro: Griechenland stellt seine scharfen Sparmaßnahmen vor und hofft damit auf einen EU-Rettungsplan.

04. März

Energieversorgung: Die Kommission stellt 2,3 Milliarden Euro aus dem EU-Konjunkturpaket von insgesamt 5 Milliarden Euro bereit, um die Finanzierung von 43 Pipeline- und Stromnetzprojekten zu unterstützen.

08. März

Soziales Europa: Der Rat der Arbeitsminister beschließt, den Mindestzeitraum für Elternurlaub auf vier Monate pro Elternteil zu erhöhen.

Wissenschaft und Forschung: Die EU-Kommission stellt Pläne vor, wonach 18 Millionen Euro für Forschungsprojekte über Grippe bereitgestellt werden sollen.

10. März

Informationsgesellschaft: Das Europäische Parlament stimmt gegen ein Abkommen zur Online-Piraterie zwischen der EU, den USA und anderen Großmächten und stellt sich damit gegen die Kommission.

Finanzdienstleistungen: Das Parlament drängt die Kommission dazu, Kosten und Nutzen einer möglichen Steuer auf Finanzgeschäfte abzuwägen, womit Haushaltslöcher gestopft werden könnten.

15. März

Wirtschaft und Euro: Die EU-Finanzminister beschließen Griechenland bei Bedarf schnelle Finanzhilfen bereitzustellen.

16. März

Gesundheit und Lebensstil: Das EU-Parlament stimmt für Maßnahmen zur Verbesserung von Verfügbarkeit und Sicherheit bei gespendeten Organen.

Prioritäten der EU: Die Finanzminister der EU sprechen sich für eine stärkere Beobachtung der nationalen Volkswirtschaften aus.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission teilt mit, dass die Regierungen der EU 346,5 Millionen Euro an Hilfsmitteln aus dem EU-Agrarfonds zurückzahlen müssen, weil sie Verwendungsregeln missachtet haben.

Klima und Umwelt: Die Finanzminister der EU nehmen eine Richtlinie an, mit der Steuerhinterziehung auf dem CO₂-Markt bekämpft werden soll.

18. März

Regionalpolitik: Der Ausschuss für regionale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments stimmt für einen einfacheren Zugang zu den EU-Regionalhilfen.

Klima und Umwelt: Das Parlament legt einen Vorschlag über eine Revision der EU-Richtlinie für industrielle Luftverunreinigung vor.

23. März

Erweiterung: Die Kommission veröffentlicht Berichte, in denen sie Bulgarien und Rumänien für ihre Defizite, vor allem im Bereich des Rechtswesens, kritisiert.

24. März

Justiz und Inneres: Die Kommission veröffentlicht einen Vorschlag zur Regelung der Scheidung internationaler Ehen. Damit soll verhindert werden, dass Ehepartner versuchen, sich Vorteile über den Partner zu verschaffen, indem sie ihre Scheidungsanträge in Ländern stellen, die ihren Interessen am besten entsprechen.

Justiz und Inneres: Die Kommission kündigt die Einrichtung eines europäischen „Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus“ (TFTP) an.

Klima und Umwelt: Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen 2,4 Milliarden Euro an Soforthilfen für arme Länder bereitzustellen, damit diese den Klimawandel angehen können.

25. März

Vertrag und Institutionen der EU: Catherine Ashton legt einen Vorschlag vor, wonach ein Generalsekretär und zwei Stellvertreter im Zentrum des zukünftigen Auswärtigen Dienstes der EU stehen würden.

Wirtschaft und Euro: Die Staats- und Regierungschefs der EU beschließen eine koordinierte, finanzielle Hilfe für Griechenland.

Klima und Umwelt: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach der Anteil der Biotreibstoffe am gesamten Kraftstoff von mehr als 5,6% für die Umwelt gefährlich werden könnte.

Prioritäten der EU: Die Staats- und Regierungschefs können sich nicht auf die Strategie der Europäischen Kommission für Wachstum und Beschäftigung einigen. Hauptgrund dafür sind die Zielsetzungen der Kommission für Bildung und Armutsbekämpfung.

26. März

Prioritäten der EU: Die Staats- und Regierungschefs der EU beschließen eine stärkere Koordination der Wirtschaftspolitik. In diesem Zusammenhang werden gemeinsame Richtlinien für die Zukunft sowie Frühwarnmaßnahmen gegen Mitgliedsländer, die es versäumen sich an die Vorgaben zu halten, festgelegt.

29. März

Justiz und Inneres: Die Kommission veröffentlicht einen Vorschlag, wonach die Mitgliedstaaten Kinderpornografie aus dem Internet herausfiltern und härtere Strafen für Menschenhandel verhängen sollen.

April

01. April

Klima und Umwelt: Die Kommission veröffentlicht Daten, wonach die durch das CO₂-Handelssystem erfassten Emissionen aus Industrieanlagen 2009 aufgrund des weltweiten Abschwungs um 11% zurückgingen.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission schlägt eine Unterstützung von Kleinlandwirten vor, um die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern zu erhöhen.

07. April

Klima und Umwelt: Die Kommission nimmt ihre Pläne, ab 2013 eine zentralisierte Plattform für den Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten zu schaffen, zurück.

Soziales Europa: Die Kommission veröffentlicht eine Mitteilung, in der sie die Mitgliedstaaten auffordert, die soziale und wirtschaftliche Integration von Roma in die Gesellschaft zu verbessern.

08. April

Sprachen und Kultur: Das Parlament stimmt für einen Entwurf des EU-Gesetzes, wonach Menschen in Europa, denen ein Strafprozess außerhalb des Wohnsitzlandes bevorsteht, eine Übersetzungs- und Dolmetschleistung in ihrer eigenen Sprache gewährleistet werden soll.

11. April

Wirtschaft und Euro: Die Finanzminister der Eurozone beschließen einen Nothilfemechanismus für Griechenland, obwohl Athen noch nicht um Hilfe gebeten hat.

Wahlen: Bei den Parlamentswahlen in Ungarn gewinnt die Mitte-Rechts Partei, wodurch die bislang regierenden Sozialdemokraten in die Opposition gedrängt werden.

Mitte April

Aufgrund einer durch einen Vulkanausbruch auf Island verursachten Aschewolke ist der Flugverkehr in Europa lahmgelegt. Infolgedessen werden Sitzungen der Europäischen Institutionen abgesagt.

14. April

Energieversorgung: Der Rat der Energieminister unterstützt eine Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden und der Energiekennzeichnung. Durch den Vertrag von Lissabon waren Änderungen an der Richtlinie notwendig geworden.

19. April

Klima und Umwelt: Die Kommission nimmt einen überarbeiteten Plan zur Zuteilung von Emissionserlaubnissen an. Die Entscheidung erfolgte auf Druck der osteuropäischen Staaten, das durch die EU ETS erhobene Limit zu erhöhen und die auf ihren Industrien wiegende Last zu erleichtern.

Informationsgesellschaft: Die Telekommunikationsminister der EU beschließen Internetdienste einzuführen, die mehr vollständig kompatible Dokumentformate nutzen und schwächen damit Microsofts Marktstellung.

Informationsgesellschaft: Die EU-Kommission veröffentlicht ihre überarbeiteten Monopolregeln, die vorsehen, dass Inhabern von Luxusmarken erlaubt wird, Onlinehändlern ohne Filialen den Verkauf ihrer Produkte zu untersagen.

23. April

Justiz und Inneres: Die Innenminister der EU stimmen für ein neues Abkommen zur Antiterror-Datennutzung mit den USA.

25. April

Wahlen: Bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich gewinnt der Sozialdemokrat Heinz Fischer und wird damit wiedergewählt.

26. April

Finanzdienstleistungen: Die Kommission einigt sich mit der internationalen Kreditkartenfirma Visa, dass diese künftig die Gebühren für ihre EC-Karten um 0,2 Prozent senkt.

27. April

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission kündigt eine Reihe von Maßnahmen an, um der Aschewolkekrise entgegenzuwirken. Die Kosten für den Flugsektor werden auf zwischen 1,5 und 2,5 Milliarden Euro geschätzt.

Informationsgesellschaft: Der Rat bittet die Kommission zu beurteilen, ob eine zentralisierte Agentur zur Bekämpfung von Cyberkriminalität sinnvoll wäre.

Innovation und Kreativität: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch, mit dem sie kreative und Kulturindustrien fördern will. Ziel ist es u.a. das Wirtschaftswachstum zu fördern.

28. April

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission veröffentlicht eine Mitteilung, wonach sie saubere und energieeffiziente Fahrzeuge in der EU befürwortet und die Wichtigkeit von Elektroautos im Vergleich zu mit Biosprit angetriebenen Fahrzeugen betont.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission sendet eine Warnung an Ratingagenturen, sie sollen „verantwortungsvoll“ handeln.

Mai

02. Mai

Wirtschaft und Euro: Die Finanzminister der Eurozone vereinbaren, dass Athen 80 Milliarden Euro in bilateralen Darlehen über drei Jahre bis 2012 erhalten soll. 30 Milliarden stammen aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

04. Mai

Energieeffizienz: José Manuel Barroso, der Präsident der Kommission, verspricht ungenutzte Gelder zur Stimulierung der Wirtschaft in einen Fonds einzuzahlen, um Regionen und Städten zu helfen, energieeffizienter zu werden.

Verkehr und Dienstleistungen: Die Transportminister der EU einigen sich darauf, Sicherheitsrichtlinien für Flüge in Vulkanasche zu bestimmen und den europäischen Luftraum zügig zu einem Binnenluftraum zu verbinden.

05. Mai

Erweiterung: Das Parlament fordert Kanada mit großer Mehrheit auf, allen EU-Bürgern Visumfreiheit zu gewähren.

06. Mai

Informationsgesellschaft: Die Kommission veröffentlicht eine Entscheidung, wonach die Mitgliedstaaten bestimmte technische Standards beschließen müssen, um es mehr Apparaten möglich zu machen, kabellose Dienste anzubieten ohne rauschende Interferenzen mit anderen Geräten auszulösen.

Gesundheit und Lebensstil: Das Parlament stimmt für einen Vorschlag, der mehr Forschung zur Vorsorge gegen Krebs, ausgelöst durch Chemikalien in der Umwelt, bedeutet.

07. Mai

Wahlen: Bei den Parlamentswahlen in Großbritannien schaffen es die oppositionellen Konservativen die größte Fraktion im Parlament zu stellen, haben jedoch keine absolute Mehrheit. Es kommt zu einer Koalitionsregierung.

09. Mai

Wirtschaft und Euro: Die Finanzminister der EU beschließen einen Mechanismus einzurichten, der auf Kreditgarantien und der Vergabe von Euro-Obligationen beruht, um in Not geratenen Mitgliedsstaaten der Union in Zukunft helfen zu können.

10. Mai

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die EU-Entwicklungsminister fordern die Kommission dazu auf, einen Vorschlag vorzulegen, wonach sich die Unterstützung für die Nahrungsmittelsicherheit in Entwicklungsländern darauf konzentrieren sollte, landwirtschaftliche Kleinbetriebe zur Nahrungsmittelproduktion und Kleinbauern zu fördern.

11. Mai

Justiz und Inneres: Die Kommission und das US-Finanzministerium nehmen eine Reihe von Gesprächen über das umstrittene Finanzdatenabkommen im Kampf gegen Terrorismus auf.

12. Mai

Wirtschaft und Euro: Die Kommission stimmt zu, dass Estland ab 2011 der Eurozone beitreten darf.

Prioritäten der EU: Die Kommission veröffentlicht einen Vorschlag, wonach Mitglieder der Eurogruppe die jährlichen Budgets der anderen Mitgliedstaaten prüfen sollen, bevor sie auf nationaler Ebene angenommen werden.

17. Mai

Finanzdienstleistungen: Das Parlament nimmt strengere Kontrollen von Hedgefonds und Private Equity Unternehmen an, während der Rat einen komplett anderen Vorschlag annimmt. Somit obliegt es der Kommission einen Kompromiss zu finden.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die EU und die Mercosurgruppe nehmen die Gespräche wieder auf, um gemeinsam die weltweit größte Handelszone aufzubauen.

18. Mai

Soziales Europa: Das Parlament fordert EU-weite Regeln zu Strafen für Lastwagenfahrer, die existierende Arbeitsschutzbestimmungen verletzen.

Klima und Umwelt: Die Finanzminister der EU stimmen für einen Bericht, der Europas Prioritäten für Klimahilfe für Entwicklungsländer beschreibt.

19. Mai

Informationsgesellschaft: Die Kommission stellt eine 5-Jahres-Strategie zur Schaffung einer „virtuellen und selbst replizierenden digitalen Wirtschaft“ vor.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Das Parlament stimmt dafür, Thrombin aus Rind und Schwein zu verbieten, das als Zusatz benutzt wird, um separate Stücke Fleisch zu verbinden.

Gesundheit und Lebensstil: Das EU-Parlament stimmt für einen Gesetzesentwurf zur Vereinheitlichung von Standards für Qualität und Sicherheit bei Organtransplantationen.

25. Mai

Unternehmen und Beschäftigung: Die Kommission verabschiedet eine Entscheidung, wonach kleine Unternehmen künftig geringere Abgaben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) zahlen müssen.

Verbraucher: Die Verbraucherschutzminister der EU einigen sich auf eine gemeinsame Definition von illegalem Glücksspiel.

26. Mai

Finanzdienstleistungen: Die Kommission veröffentlicht einen Vorschlag, wonach Banken „Präventiv“-Fonds auflegen sollen, um zu verhindern, dass Steuerzahler für die Rettung von kollabierenden Banken zahlen.

27. Mai

Erweiterung: Die Kommission nimmt Vorschläge an, die es Bürgern aus Albanien und Bosnien-Herzegowina ermöglichen, mit biometrischen Reisepässen visumfrei in den Schengenraum einzureisen.

Verbraucher: Die EU-Kommission stimmt für Vorschläge zu neuen Regeln, welche die Preise, die Fahrer für Autoreparaturen zahlen, senken sollen, indem sie mehr Wettbewerb in den Abkommen zwischen Herstellern, ihren Vertragshändlern, KFZ-Mechanikern und Ersatzteilhändlern schaffen.

31. Mai

Informationsgesellschaft: Die Telekommunikationsminister der EU stimmen für die Stärkung der digitalen Konkurrenzfähigkeit Europas, um zu verhindern, dass neue Unternehmen in die USA übersiedeln.

Juni

01. Juni

Außenpolitik: Vertreter der EU und Russlands treffen sich auf einem Gipfel, um den Handel wiederzubeleben und strauchelnde Wirtschaften zu stärken.

02. Juni

Vertrag und Institutionen der EU: Die Kommission entscheidet ihre Justiz-, Freiheits- und Sicherheitsabteilung aufzuteilen.

03. Juni

Klima und Umwelt: Die EU legt auf der Bonner Klimakonferenz dar, wie sie sich vorstellt ihr Finanzierungsengagement im Bereich Klimaschutz einzuhalten.

07. Juni

Prioritäten der EU: Die Mitgliedstaaten einigen sich in einer Entscheidung auf einen spezifischen Plan zur Armutsreduzierung als Teil der Europa 2020 Strategie für Wachstum im nächsten Jahrzehnt.

08. Juni

Gesundheit und Lebensstil: Die Gesundheitsminister der EU stimmen für einen Kompromiss zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung.

10. Juni

Nachhaltige Entwicklung: Die EU-Kommission entscheidet aufgrund der massiven Verringerung der Bestände, den industriellen Fang des Roten Thunfisches im Mittelmeer und dem östlichen Atlantik zu verbieten.

Wahlen: Bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden gewinnen die Liberalen mit einer knappen Mehrheit von einem Sitz.

Klima und Umwelt: Die Kommission ruft Industrie und Regierungen auf, Zertifizierungsschemata aufzustellen, um sicher zu gehen, dass Biotreibstoffe, die einen Beitrag zur Erreichung des Ziels der EU 20 Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken, auf nachhaltige Weise hergestellt werden.

12. Juni

Wahlen: Bei den Parlamentswahlen in der Slowakei gewinnen 4 Mitte-Rechts Parteien, die beschließen eine Koalition zu formen.

14. Juni

Klima und Umwelt: Die EU-Kommission und die Europäische Investmentbank (EIB) einigen sich auf die Erforschung einer gemeinsamen Klimafinanzierungsinitiative, um Entwicklungsländern Finanzhilfen zu stellen.

Vertrag und Institutionen der EU: Die Regierungen der Mitgliedstaaten einigen sich auf einen „allgemeinen Ansatz“ zu der Europäischen Bürgerinitiative.

16. Juni

Soziales Europa: Das EU-Parlament nimmt einen Vorschlag der Kommission an, wonach internationale Ehepaare in 14 EU-Ländern wählen können, welche Scheidungsrechtsprechung sie anwenden wollen.

Verbraucher: Das EU-Parlament stimmt dafür, Nährstoffinformation auf verpackten Lebensmitteln zur Pflicht zu machen.

Sprachen und Kultur: Das Parlament stimmt für den Gesetzesvorschlag, wonach Menschen in Europa, die sich außerhalb ihres Wohnsitzlandes in Gerichtsverfahren verantworten müssen, eine Übersetzung und Dolmetschen in ihre eigene Sprache erhalten sollen.

Klima und Umwelt: Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten erzielen einen Kompromiss bezüglich einer geplanten Industrie-Emissions-Richtlinie, welche strengere Grenzen zu Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung vorschreibt.

Prioritäten der EU: Belgien verabschiedet sein Präsidentschaftsprogramm. Prioritäten sind: sozialwirtschaftliche Themen, soziale Themen, Umwelt und Klimawandel, Justiz und Inneres sowie Auswärtiges.

17. Juni

Sport: Das EU-Parlament nimmt eine Richtlinie an, welche die Einführung eines Europäischen Lizenzsystems für Agenten von Fußballspielern fordert.

Prioritäten der EU: Die Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich darauf exzessive Staatsschulden zu senken. Sanktionen für Budgetsünder sollen dabei auf Schuldentrends und nicht auf absoluten Zahlen basieren, um sofortige Sanktionen für Italien, Belgien, Frankreich und Deutschland zu vermeiden.

21. Juni

Vertrag und Institutionen: Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Spanische Ratspräsidentschaft schließen einen Kompromiss zur Ausgestaltung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD).

23. Juni

Public Affairs: Das Parlament nimmt eine Richtlinie an, die vorsieht, dass öffentliche Rundfunkanstalten EU-Themen eingehender behandeln sollen.

24. Juni

Regionalpolitik: Die Kommission stimmt für Maßnahmen, die den Zugang zu EU-Regional- und Kohäsionsfonds vereinfachen sollen.

25. Juni

Energieversorgung: Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten akzeptieren einen Kompromiss, welcher zwischen den EU-Institutionen zu einer neuen Regulierung erreicht wurde, um die Sicherheit von Gaslieferungen zu gewährleisten.

29. Juni

Verkehr und Dienstleistungen: Die EU-Kommission gibt den europäischen Standardisierungsorganisationen das Mandat, ein gemeinsames Aufladesystem für Elektroautos zu entwickeln.

30. Juni

Wahlen: Bei der Bundespräsidentenwahl in Deutschland gewinnt Christian Wulff.

Wirtschaft und Euro: Die Kommission veröffentlicht einen Vorschlag zur Stärkung des Stabilisierungs- und Wachstumspaktes.

Juli

01. Juli

Prioritäten der EU: Belgien übernimmt den Ratsvorsitz der Europäischen Union.

06. Juli

Verkehr und Dienstleistungen: Das EU-Parlament stimmt für eine Regelung, wonach in Zukunft auch europäische Bürger, die per Schiff reisen, das Recht auf Rückerstattung und anderweitige Kompensation haben, wenn eine Fahrt abgesagt oder um mehr als 90 Minuten verschoben wird.

Prioritäten der EU: Die meist involvierten Ausschüsse des Europäischen Parlamentes für den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes stimmen für die Eröffnung des Dienstes im Herbst.

Nachhaltige Entwicklung: Das Parlament fordert die Kommission auf, eine Richtlinie zum obligatorischen Recycling von Biomüll zu entwerfen.

Soziales Europa: Das EU-Parlament nimmt einen Beschluss an, der eine „Europäische Jugendgarantie“ fordert, um sicherzustellen, dass arbeitslose Jugendliche nicht mehr als vier Monate lang arbeitslos sind.

07. Juli

Erweiterung: Das EU-Parlament stellt Island den EU-Beitritt in einem Beschluss in Aussicht, ruft jedoch das Land dazu auf den Walfang zu beenden.

Soziales Europa: Die Kommission stellt ein Grünbuch zur Rentenreform vor, welches jedoch kaum Lösungen beinhaltet.

Klima und Umwelt: Das Europäische Parlament stimmt für eine Richtlinie, welche die Begrenzungen der Umweltverschmutzung stärken soll.

Finanzdienstleistungen: Das Parlament stimmt den härtesten Obergrenzen für Bankerboni zu, um das Risiko in dem von Steuerzahlern unterstützten Sektor zu beschränken.

08. Juli

Justiz und Inneres: Das EU-Parlament stimmt für ein überarbeitetes Abkommen zur gemeinsamen Datennutzung zwischen der EU und den USA, nachdem die alte Version im Februar abgelehnt wurde.

Erweiterung: Das Parlament fordert die letzten fünf Mitgliedstaaten, die den Kosovo nicht anerkannt haben, auf, das Land anzuerkennen.

12. Juli

Soziales Europa: 14 Mitgliedstaaten einigen sich auf ein Kooperationsgesetz, wonach internationale Ehepaare entscheiden können, in welchem Land die Scheidung eingereicht werden soll.

Nachhaltige Entwicklung: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach der Schutz der Biodiversität und der Ökosysteme eine Reihe an neuen Gelegenheiten für Dienstleister bietet.

14. Juli

Klima und Umwelt: Die Regierungen der Mitgliedstaaten einigen sich auf Regeln für das Versteigern von CO₂-Genehmigungen in der dritten Phase des Emissionshandelsprogramms der Union.

15. Juli

Ost- und Südbeziehungen: Die EU beginnt Verhandlungen zu einem Assoziierungsabkommen mit Georgien.

16. Juli

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach die Importe an Bionahrungsmitteln in die EU ansteigen werden, da die Nachfrage das heimische Angebot übersteigt.

20. Juli

Energieversorgung: Die Kommission präsentiert einen Vorschlag, wonach Europas unrentable Kohleminen innerhalb der nächsten vier Jahre geschlossen werden müssen.

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission veröffentlicht einen Vorschlag, wonach sie zusätzliche 1,4 Milliarden Euro in das internationale Multimilliardenprojekt zur Kernfusionsforschung ITER investieren will.

26. Juli

Vertrag und Institutionen: Die Außenminister der EU stimmen endgültig dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) zu, wodurch der Dienst bis Dezember 2010 geschaffen werden kann.

27. Juli

Erweiterung: Die Außenminister der EU stimmen dafür, dass Island sofort seine Beitrittsverhandlungen beginnen sollte.